

# Bäcker-Zeitung.

Organ aller in der Nahrungsmittel-Industrie beschäftigten Gesellen, Gehülfen, Arbeiter und Arbeiterinnen.

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz: Dresden).

Herausgegeben und redigirt von D. Allmann, Hamburg, Gr. Neumarkt 28 I

Erscheint jede Woche Sonnabends.

Offizielles Organ des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz: Hamburg).

Bereins-Anzeigen für die fünfgespaltene Beitzelle oder deren Raum 10  $\text{L}$ , Geschäfts-Anzeigen 15  $\text{L}$ , doch ist bei Einbringung von Letzteren der Betrag beizufügen. Mitglieder des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands erhalten dieses Blatt gratis. Vereinsbezug für Fachvereine der Bäcker bei mindestens 10 Exemplaren pro Quartal 1 Mk. — Für Einzel-Abonnements pro Quartal 2.— Mk.

## Lohnbewegung.

Zugung ist streng fernzuhalten von München und Kiel.

Telegramm aus Christiania (Norwegen).

Am 25. April ist hier ein Konflikt ausgebrochen, in dessen Folge die Arbeitseinstellung möglich ist. Die deutschen Kollegen werden ersucht, den Zugung fernzuhalten.

Der Vorstand des Bäckerverbandes in Norwegen. N. A.: Jensen.

## Achtung, Kollegen Deutschlands!

Wie uns telegraphisch berichtet, stehen seit Donnerstag, den 27. April, in München weit über 1000 Kollegen im Streik.

Am 24. April versandte die Lohnkommission folgendes Zirkular an die einzelnen Meister:

Nachdem wiederholt die übergroße Mehrzahl der in München und Umgebung arbeitenden Bäcker, Gesellen in öffentlichen und geschlossenen Versammlungen erklärt und beschlossen hat, im Arbeits- und Lohnverhältnis Veränderungen einzuführen, aber eine von der dazu beauftragten Lohnkommission gewünschte Vermittlung mit der hiesigen Bäcker-Zinnung zu keinem Resultat geführt hat event. den Gehilfen keine annehmbaren Zugeständnisse gemacht wurden, sieht sich die Lohnkommission im Auftrage sämtlicher Bäcker-Gesellen veranlaßt, Ihnen Folgendes zu unterbreiten. Wir ersuchen Sie höflichst, uns an beistehende Adresse bis . . . . . anhängenden Bogen mit Ihrer Unterschrift versehen, einzusenden. Sollte es bis dahin nicht geschehen, so sehen wir uns genöthigt, dies als abschlägigen Bescheid zu betrachten. Gleichzeitig sehen wir Sie in Kenntniß, daß in untenstehendem Lokale Mitglieder der Lohnkommission zu persönlichen Auskünften anwesend sind. Im Interesse beider daran beteiligten Parteien erwarten die Unterfertigten eine möglichst rasche Antwort.

Achtungsvoll!

Im Auftrag der Nebengliedrigen Lohnkommission:

Heinrich Gahner.

Unterzeichneter bestätigt hiemit von . . . . . in seinem Betriebe folgendes Arbeitsverhältnis einzuführen:

1. Befestigung wird den Gehilfen nicht mehr von mir gestellt.
2. Als Mindestlohn zahle ich für den Postler 17 Mk., für Mischer 20 Mk. und für Schleißer 24 Mk. Verheirathete Gehilfen erhalten eine Wohnungsvergütung von 2 Mk.; desgleichen gewähre ich den ledigen Gehilfen das Wohnungsgeld, wenn die von mir zur Verfügung gestellte Wohnung in sanitärer Beziehung zu wünschen übrig läßt.
3. Nach der Bundesrathsverordnung erlaubte Ueberarbeitszeit vergüte ich mit 40 Pfg. pro Stunde.
4. Wenn der Beschluß der Bäcker-Zinnung, vom ersten auf zweiten Weihnachts-, Oster- und Pfingstfeiertage wird nicht gebaden, nicht zur Durchführung kommen sollte, gewähre ich jedem meiner Gehilfen im Laufe des Sommers drei freie Tage und komme für Kosten eines zu stellenden Aushelfers selbst auf.

Maßregelungen der Gehilfen wegen der Lohnbewegung finden bei mir nicht statt.

Darauf hatten bis Mittwoch, den 26. April 141 Meister mit 420 Gehilfen bewilligt. Eine am selben Abend stattfindende, wie die vorherigen von weit über 1500 Personen besuchte Versammlung beschloß, dort, wo nicht bewilligt ist, in den Streik einzutreten, worauf Donnerstag Morgen die Arbeitseinstellung mit großer Einnüchternheit erfolgte.

Kollegen Deutschlands, beweist den Münchener Kollegen Eure Solidarität! Sie, die in

den vordersten Reihen der Organisation stehen, werden auch diesen Kampf siegreich durchführen.

Haltet den Zugung von München fern! Sorgt für genügende Unterstützung! Der Sieg der berechtigten Forderungen unserer Münchener Kollegen ist unser Sieg!

Der Vorstandsvorstand.

NB. Gesammelte Gelder zur Unterstützung der Streikenden sind nur an den Hauptkassirer W. Allmann, Hamburg, Gr. Neumarkt 28, zu senden.

## Zum 1. Mai.

Und wiederum naht der Tag, an dem die organisierten Arbeiter aller Länder sich vereinigen zur Manifestation ihrer Solidarität und zur Demonstration für ihre hauptsächlichsten Forderungen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes. Wenn man von der Letzteren in Verbindung mit der Maifeier spricht, so ist in erster Linie die Forderung der gesetzlichen Festlegung des Achtstundentages gemeint.

Die Frage des Achtstundentages ist bereits vielfach eingehend besprochen und das Für und Wider sowohl vom Standpunkte der Arbeiter, wie auch von dem der Unternehmer ausführlich dargelegt worden.

Für die Unternehmer kommt bei dieser Frage naturgemäß ausschließlich die Wirkung in Betracht, welche deren Lösung hinsichtlich ihres Profites haben würde, und es erscheint nur lächerlich, wenn man verlangt, daß hier auch Rücksichten auf die Gesundheit oder das Erholungsbedürfniß des Arbeiters usw. irgendwie maßgebend sein müßten. Das Unternehmertum kennt — das kann nicht genug betont werden — keine andere Rücksicht, als die auf seinen Profit und kann naturgemäß keine anderen kennen. Versteht es sich trotzdem freiwillig zu einer Maßnahme, die z. B. einer Rücksichtnahme auf die Gesundheit der Arbeiter gleicht, so ist als sicher anzunehmen, daß das Unternehmertum eine Verknüpfung seines Profites mit der Gesundheit des Arbeiters erkannt hat.

In der Frage des Achtstundentages hat sich das Unternehmertum gegenüber den Forderungen der Arbeiter, die sich hauptsächlich auf die wissenschaftlich erwiesene Gesundheitschädlichkeit einer langen Arbeitszeit stützen, bisher immer auf den Standpunkt gestellt, daß die gesetzliche Einführung des achtstündigen Normalarbeitstages eine zu erhebliche Schmälerung seines Profites bedeuten würde, und daß deshalb die Forderungen der Arbeiter unrealisierbar seien. Die Arbeiter ihrerseits haben sich nun krampfhaft bemüht, den Unternehmern zu beweisen, daß die Einführung des Achtstundentages nicht nur keine Schmälerung, sondern oft sogar eine Erhöhung ihres Profites bedeuten würde. Suezers erhielten die Arbeiter hierbei durch diejenigen Unternehmer, welche — nachdem sie den Achtstundentag in ihren Betrieben experimentell eingeführt und seine Wirkung erprobt hatten — ihre Klassengenossen von den Vorteilen des kürzeren Arbeitstages für die Unternehmer zu überzeugen trachteten. John Rae, ein englischer Unternehmer und begeisterter Anhänger des Achtstundentages hat in seinem Werke „Der Achtstundentag“ in dieser Beziehung ein sehr umfangreiches und werthvolles Material gesammelt und gestützt auf dasselbe den Achtstundentag als im Interesse der Unternehmer liegend erklärt.

Das Vorgehen der Arbeiter in der vorerwähnten Weise kann ich nur nicht als richtig betrachten; es bedeutet eine Unaufrichtigkeit gegen sich selbst. Einerseits findet man unter den Arbeitern vielfach noch Vertreter der Ansicht, daß heute die Verkürzung der Arbeitszeit eine entsprechende erhebliche Verminderung der Reservearmee bedeuten würde. Wie könnte dies aber möglich sein, wenn — wie ja die Arbeiter den Unternehmern beweisen wollen — deren Profit bei kürzerer Arbeitszeit nicht leiden würde, mit an-

deren Worten, wenn die Arbeiter bei der kurzen Arbeitszeit dasselbe Arbeitsquantum leisteten, wie bei der langen? Andererseits aber wird die kürzere Arbeitszeit von den Arbeitern ja hauptsächlich auch aus hygienischen Gründen angestrebt. Eine Besserung der gesundheitlichen Verhältnisse der Arbeiter ist jedoch meines Erachtens in Frage gestellt, zumindest aber stark beeinträchtigt, wenn die Arbeiter nach Verkürzung der Arbeitszeit bedeutend intensiver arbeiten müßten, als vorher.

Es wird sich ja dieser meiner Ansicht so manches entgegenhalten lassen. Man könnte so z. B. hier auf die vergleichenden Untersuchungen des Gesundheitszustandes der Arbeiter bestimmter Betriebe vor und nach Verkürzung der Arbeitszeit hinweisen, nach welchen die Verkürzung der Arbeitszeit eine Besserung des Gesundheitszustandes der betreffenden Arbeiter im Gefolge hatte.

Ich möchte hier jedoch zu bedenken geben, daß einerseits derartige sporadische Untersuchungen, bei denen vielleicht wichtige zufällige Umstände nicht berücksichtigt werden, und daß andererseits diese Untersuchungen nicht nach der Richtung hin erfolgten, inwieweit sich die Zahl jener Krankheitsfälle, die wie z. B. die Nervosität, mit der intensiven Arbeit direkt zusammenhängen, nach erfolgter Verkürzung der Arbeitszeit steigerte. Ich bin also, wie aus dem Vorhergesagten hervorgeht, der Ansicht, daß es die Steigerung der Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters, die Intensifikation der Arbeit ist, welche nach erfolgter Verkürzung der Arbeitszeit einerseits eine Verminderung der Reservearmee verhindert und andererseits eine wesentliche Besserung des Gesundheitszustandes der Arbeiter unmöglich macht. Die mit Verkürzung der Arbeitszeit heute stets eintretende Intensifikation der Arbeit ist es demnach, die alle Vorteile vernichtet, derenwillen die verkürzte Arbeitszeit von den Arbeitern gefordert wird und deswegen kann die Intensifikation nicht entschieden genug bekämpft werden. Es ist also, ich wiederhole es, eine Unaufrichtigkeit, wenn man einerseits den Achtstundentag verlangt, andererseits aber die Unternehmer sozusagen direct auffordert, dem ihrem Profite von der verkürzten Arbeitszeit drohenden Verluste durch die Intensifikation vorzubeugen. Die Arbeiter haben, meiner Ansicht nach, ihre Forderungen den Unternehmern nicht dadurch annehmbar zu machen, daß sie das, was sie auf der einen Seite verlangen, auf der andern wieder geben wollen. Nach dem Muster der Unternehmer sollten für die Arbeiter lediglich nur die eigenen Interessen in Betracht kommen, ganz unbekümmert darum, ob diese Interessen mit den Interessen der Unternehmer in Einklang gebracht werden können oder nicht. Es ist eine Erfahrungsthatfache, daß jede Maßnahme, die wirklich im Interesse der Arbeiterschaft liegt, die Interessen des Unternehmers verletzt und eine zweite Erfahrungsthatfache ist es, daß das Unternehmertum sich nur zu solchen Maßnahmen versteht, die von der Arbeiterschaft erzwungen werden oder bereits erzwungen werden könnten. Und darum betrachte ich es als gänzlich verkehrt, wenn die Arbeiter lediglich für den Achtstundentag kämpfen, ohne auf die Frage der Intensifikation einzugehen. Gestehen wir offen, daß bei gleichbleibender Intensität der Arbeit, die Arbeitszeitverkürzung eine Profitschmälerung für das Unternehmertum bedeutet und kämpfen wir nicht nur für den Achtstundentag, sondern auch gegen die schädliche Intensifikation! Es ist kein Zweifel, daß die Unternehmer sich in diesem Kampf mit noch weit größerer Fähigkeit wehren werden, als wir bisher gewöhnt waren. Arbeiten wir aber unausgesetzt an der Ausdehnung und Festigung unserer Organisationen, so schaffen wir die Vorbedingung für unseren Sieg. Denn wie immer im wirtschaftlichen Leben, so ist auch hier der entscheidende Factor die Macht.

A. W.

## Die 7. Generalversammlung unseres Verbandes.

In München, wo die Bewegung unserer Kollegen und damit auch unsere Mitgliedschaft sich in so kurzer Zeit (in München bestand bis zum 1. Juli 1897 ein Fachverein, der sich dann auflöste und in eine Mitgliedschaft des Verbandes umwandelte) so gut entwickelt hat, daß heute  $\frac{1}{10}$  der dort beschäftigten Kollegen als Mitglieder dem Verbandsangehörigen, treten die Delegierten zu den Beratungen über den Ausbau und die ferneren Einrichtungen der Organisation zusammen, und wir glauben nicht schizugehen, wenn wir behaupten, daß der Opfermuth und die Einmüthigkeit der Münchener Kollegen einen Eindruck auf die Delegierten machte, welcher sie die Streikbewegung der weiten Reise sehr leicht vergessen ließ. Doch nicht allein der Eindruck von den Verhältnissen in der Münchener Mitgliedschaft erfreute in hohem Maße alle Delegierten, sondern für die älteren Kollegen, welche schon mehrere Verbandstage als Delegierte mitgemacht, war es eine Freude, zu sehen, daß unter den Delegierten tüchtige Kräfte, welche kaum Anfangs der zwanziger Jahre stehen, befanden, von denen man erwarten kann, daß sie noch Großes in der Agitation für den Verband und in der Aufklärung der indifferenten Kollegen leisten können, wenn sie weiter so muthig und opferfreudig als wie bisher arbeiten und dabei noch Zeit finden, sich weiter auszubilden.

Und wie noch auf keinem der Vorgänger dieses Verbandstages hatten die Delegierten nur das Wohl der Allgemeinheit, den Ausbau des Verbandes im Auge, ließen alle aus örtlichen Verhältnissen entspringende Wünsche hinter dem allgemeinen Ziel zurückstehen. Wir wollen uns nicht schmeicheln, nicht auf den Lorbeeren der Erfolge der letzten Jahre ausruhen, sondern Vorwärts und nur Vorwärts sei auch ferner unsere Parole, der feste Wille aller unserer Mitglieder, aber doch sei hier das Urtheil des unparteiischen Freundes unseres Verbandes, des Gen. Silberer-Wien angeführt, welcher am Schlusse seines Berichts schreibt: „Der Verbandstag wickelte seine Geschäfte in musterhafter Weise ab. Die Geschäftsordnung wurde nicht nur vom Vorsitzenden präzise gehandhabt, sondern auch von den Delegierten genau beobachtet, so daß das umfangreiche Material vollkommen aufgearbeitet werden konnte. Die deutsche Bäckerorganisation besitzt einen Stock tüchtiger und thatenkräftiger Agitatoren, welche vom Verbandstage hinweg in alle Windrichtungen hinausgeschickt wurden. Unzweifelhaft bedeuten die Beschlüsse der Verbandstages einen großen Schritt nach vorne, aber sie waren zum großen Theile nur möglich durch den Aufschwung des Verbandes. Der österreichische Delegierte konnte mit Recht von dem guten Eindruck sprechen, den der deutsche Verbandstag auf ihn gemacht.“ Nun wohl-an! Lassen wir uns dies ein Ansporn sein zu weiterem rüstigen Schaffen und Vorwärtsdringen, dann kann die Zeit auch nicht sein sein, wo unsere Organisation Achtung gebietende Macht und Stärke erlangt!

Ueber die Verhandlungen selbst liegt den Kollegen im Fachblatt ein gedrängter Bericht vor. Nur sei hier noch einiges erwähnt.

Zunächst ist der Antrag des Vorstandes, welcher die Mitgliedschaft verpflichtet, Mittel und Wege zu suchen, um die Fluktuation in den Mitgliedschaften einzudämmen und die Mitglieder mehr zur regelmäßigen Beitragzahlung zu erziehen, zum Beschluß erhoben worden und Pflicht der Vorstände und Kassirer der Mitgliedschaften ist es, ihre ganze Kraft einzusetzen, damit dem Verbandsverbande nicht alljährlich wieder Mitglieder in so großer Zahl verloren gehen, als es bisher der Fall war. Vor Allem ist Ordnung und Genauigkeit die größte Nothwendigkeit in einer Organisation und dies vor allen Dingen in den Kassengeschäften.

Ueber unsere Taktik bei Lohnbewegungen und Streiks soll nur erwähnt werden, daß der Verbandstag sich darin einig war, daß nicht das Übergewicht bei denselben in öffentliche Versammlungen gelegt werden darf, sondern bei solchen Gelegenheiten sind alle wichtigen Beschlüsse in den Mitglieder-versammlungen zu fassen, und wenn zur Durchführung derselben und zur Stärkung des Verbandes sich öffentliche Versammlungen nöthig machen dann beruht man sie zu diesem Zwecke ein. Auch darin waren die Delegierten nur einer Meinung, daß überall unser nächstes Ziel, die Beseitigung des verwerflichen Systems, des Kost- und Logiswesens beim Meister sein muß. Nach dieser Richtung gibt es überall energische Agitation zu erwarten.

Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Verbandsverbande wurde verworfen, weil hauptsächlich die Kollegen der kleineren Städte gegen die Einführung dieser Unterstützung zu dem Zweck nothwendige Erhöhung der Beiträge stimmten. Doch muß hierbei betont werden, daß die Mehrzahl der Mitglieder durch ihre Delegierten sich für die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung und der dazu nothwendigen Beitragserhöhung erklärten, jedenfalls wird bis zum nächsten Verbandstage in der Organisation weiteres Material über die Arbeitslosigkeit gesammelt werden, um dann

auf genauer Grundlage weiter über diese Frage zu beraten. Zwecks intensiverer Agitation im Verbandsverbande wurde derselbe in 8 Bezirke eingetheilt und wird dadurch, wenn jeder Bezirk seine Aufgabe richtig erfüllt und Tüchtiges geleistet wird, dem Vorstande ein gut Theil Arbeit in der Agitation abgenommen und dieselbe auch bedeutend billiger und wirksamer gestaltet werden können. Um genügend Mittel zur Agitation aufzubringen, werden außer dem zu diesem Zweck zu verwendenden Theile der Ertragssteuer auch die größeren Mitgliedschaften mit guten Vorschlägen beauftragt sein müssen, ihren Agitationsbezirklichen Mittel zur Agitation im Verbandsverbande zu beschaffen. Bemerkenswert sei dann ferner noch, daß durch das wöchentliche Erscheinen des Fachorgans dem Wunsche der Mitglieder, über die im Gange befindlichen Lohnbewegungen schneller unterrichtet zu werden, Rechnung getragen wird, und diese Einrichtung uns auch in der Agitation gute Dienste leisten wird.

Auch die Uebernahme der Delegationskosten sowie Reiseunterstützung auf die Hauptkasse dürfte sich bewähren und dadurch eine ungerechte Vertheilung der Lasten auf die einzelnen Mitgliedschaften verschwinden. Andere Beschlüsse betr. Statutenänderungen usw. seien hier unerwähnt.

Hoffen wir, daß durch die stattfindende Uraufnahme die Beschlüsse sanktioniert werden und es wird die Organisation weiter vorwärtskommen, ihre Mitgliederzahl in demselben Maße als wie bisher oder auch noch mehr sich vergrößern. Arbeiten wir auf der in München geschaffenen Basis rüstig weiter, stelle sich jedes Mitglied voll und ganz in den Dienst der Organisation, so werden wir durch dieselbe den Arbeitgebern und deren Bedrückungs- und Maßregelungsgelüsten einen festen Damm entgegensetzen können und weitere Verbesserungen unserer traurigen Lage ihnen abzutrotzen im Stande sein.

### Protokoll der 7. ordentlichen Generalversammlung

des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands am 9., 10. und 11. April 1899 in München.

Ueber den 3. Punkt der Tagesordnung: „Lohnbewegungen und Streiks im Verbandsverbande“, referierte Kollege Kretschmar-Hamburg. Redner betonte, daß man sich auch in den früheren Generalversammlungen über Lohnbewegungen und Streiks beschäftigte, dies waren jedoch nur theoretische Erörterungen und Wünsche. Im vorigen Jahre hatte aber der Verband selbständige Kämpfe zu bestehen und da habe er die Feuerprobe ablegen können. Es würde überflüssig sein, die Vorgänge beim Hamburger Streik einer Erörterung zu unterziehen, wenn wir nicht aus den gemachten Fehlern lernen wollten. Gelingen müssen wir, daß der Kampf in Hamburg aus eigener Kraft nicht gewonnen wurde. Durch die Interesslosigkeit der Gehilfen war es möglich, den Meistern zahlreiche Streikbrecher anzuwerben; wenn wir auf die eigene Kraft angewiesen gewesen wären, hätten wir eine Niederlage erlitten. Mit großen Hoffnungen sind wir in den Streik eingetreten und es habe monatelanger Arbeit bedurft, um die Organisation auf jene Stufe zu bringen, um den Kampf wagen zu können. Es sei nicht damit abgethan, Mitglied zu sein, in die Versammlungen zu gehen und die Hand hoch zu heben, sondern die Deute müssen zum Kampf erzogen werden. Im vorigen Jahre wurde in einer öffentlichen Versammlung mit größter Begeisterung die Lohnbewegung beschlossen; die Kollegen seien sogar soweit gegangen, die Nachtarbeit abzuschaffen. Wir haben uns gewundert, daß die Kollegen dort eine derartige Forderung aufstellen konnten, nicht etwa deshalb, weil diese Forderung undurchführbar und unberechtigt wäre, sondern deshalb, weil in Leipzig die nothwendigen Kräfte nicht vorhanden sind, eine solche Forderung durchzubringen. Man muß bei Aufstellung der Forderungen immer mit der größten Vorsicht zu Werke gehen, um die Sympathie des Publikums nicht zu verschätzen. Es sei leichter, eine Lohnerhöhung von 1-2 Mk. wöchentlich zu bekommen, als in den vorhandenen Missethänden Remedur zu schaffen. Der erbitterteste Kampf der Meisterschaft ist dort zu verspüren, wo es sich um Abschaffung des Kost- und Logiswesens handelt, wo es gilt, das Abhängigkeitsverhältnis abzuschaffen und die Gehilfen der Kontrolle der Meisterschaft zu entziehen. Auch in Zukunft müssen die Lohnkämpfe sich in denselben Bahnen bewegen, wie bisher. Es müsse monatelang an dem Ausbau der Organisation gearbeitet werden; wo diese Sicherheit nicht geboten ist, müsse gewarnt werden, in eine Lohnbewegung einzutreten. Die schärfste und wirksamste Waffe sei der Boykott. Dazu bedürfen wir aber in erster Linie der Mithilfe des Publikums, auch die Hamburger Kollegen hätten den Kampf nicht führen können, wenn die Arbeiterschaft nicht sofort Stellung genommen und beschlossenen hätte, nur dort ihren Bedarf an Brot einzukaufen, wo geregelte Arbeitsverhältnisse vorhanden sind. Die Zustände im Bäcker-gewerbe sind derart, daß das große Publikum an der Beseitigung der Missethände in erster Linie interessiert ist. Redner verbreitete sich nun ausführlich über die Geschichte des Hamburger Streiks, schilderte die Begleitererscheinungen und ermahnte die Kollegen, sich diese in erster Linie zu Nutzen zu machen. Man müsse immer auf einen Mehlboykott gefaßt sein und um diesen wirksam begehen zu können, müsse man sich schon vor Beginn der Bewegung mit den Gewerkschafts-kartells in Verbindung setzen. Es müssen Einrichtungen geschaffen werden, um die Streikenden fest zusammen zu halten, insbesondere müsse eine Kontrolle der Streikenden zur Nachtzeit vorgenommen werden. Auch müssen vor Beginn der Lohnbewegung genügende Geldmittel zur Verfügung stehen; unsere Organisation wäre allerdings noch nicht im Stande, einen Kampf ohne die übrige Arbeiterschaft durchzuführen. Die Organisation der dänischen Kollegen habe gezeigt, was eine gute Organisation zu leisten im Stande ist. Auch wir müssen darnach streben, unsere Organisation auf eine derartige Höhe zu bringen, daß wir auf fremde Hilfe verzichten können. Fester Zusammenhalt sei mehr denn je nothwendig, denn der Hauptvorstand habe aus einer den verbündeten Regierungen nahestehenden Quelle mit Sicherheit erfahren, daß man sich im Bundesrathe mit der Absicht trage, an Stelle der täglich zwölfstündigen Maximal-Arbeitszeit eine wöchentliche 84 stündige Arbeitszeit zu setzen. Man muthet also den Bäckerarbeitern zu, noch länger zu arbeiten. Es

muß abgewartet werden, ob es die Regierungen fertig bringen, den wöchentlichen Arbeitsschub so zu verschlechtern, daß davon nichts mehr übrig bleibt. Wir müssen darauf bedacht sein, daß eine Verschlechterung nicht Platz greift; als Antwort hierauf sei es zu empfehlen, bei Lohnbewegungen die zehnstündige Arbeitszeit zu verlangen. Dann wollen wir sehen, ob es mit Hilfe der Arbeiterschaft nicht möglich ist, auch im Bäcker-gewerbe eine geregelte Arbeitszeit einzuführen.

Hierauf verliest Kollege Altmann folgende Anträge:

1. Die Mitgliedschaft der Grobbäcker Hamburgs beantragt, den Verbandsvorstand zu ermächtigen, im Falle eine Verschlechterung oder Verringerung des Maximalarbeits-tages eintritt, sofort den Generalstreik der Bäcker Deutschlands zu erklären.

2. Die in München tagende Generalversammlung des Central-Verbandes der Bäcker Deutschlands spricht der Hamburg-Altona-Wandsbeker Arbeiterschaft für das mannhafte Eintreten während des Bäckerstreiks in Hamburg-Altona-Wandsbeck zu Gunsten der Bäcker-gesellen, ihren Dank aus. Purgynski.

3. Die in München tagende 7. Generalversammlung des deutschen Bäckerverbandes spricht hiermit den Kopenhagener und New Yorker organisierten Kollegen ihren aufrichtigen Dank aus für ihre finanzielle Hilfe, anlässlich des Hamburger Streiks. F. Geislinger.

4. Die Generalversammlung wolle beschließen, daß dem Bundesrathe folgende Abänderung des § 120 e, Artikel I, Abs. 1 unterbreitet werde: „Die Arbeitsschicht jedes Gehilfen darf innerhalb 24 Stunden die Dauer von 12 Stunden oder, falls die Arbeit durch eine Pause von mindestens 1 Stunde unterbrochen wird, einschließlich dieser Pause von 13 Stunden nicht überschreiten. Die Gehilfen dürfen zu gelegentlichen Dienstleistungen nur dann herangezogen werden, wenn ihre Arbeitsschicht die Dauer von 12 Stunden, einschließlich der Pause von einer Stunde 13 Stunden nicht erreicht hat. Zuch-Mainz.

Nachdem sämtliche Anträge genügende Unterstützung gefunden, werden dieselben mit zur Debatte gestellt.

Kollege Altmann verliest hierauf so ein Telegramm von Trarstorf-Frankfurt und von Hannover-Blinden.

Kollege Zuch-Mainz bringt folgende Resolution ein, welche einstimmig angenommen wird, dieselbe lautet:

An einen hohen Bundesrath. Die am 9., 10. und 11. April 1899 in München tagende Generalversammlung des Verbandes der Bäcker u. v. v. Berufsgen. Deutschlands spricht ihr lebhaftes Bedauern aus, daß jetzt nach nahezu 34-jährigem Bestehen des Maximalarbeits-tages die verbündeten Regierungen planen, diese einen gefunden sozialpolitischen Entwicklung durchaus nothwendige Arbeiter-schutzgesetzgebung, in einer Art und Weise abzuändern, daß man von einem Arbeiterschutz der Bäckerarbeiter nicht mehr reden kann und hebt einmüthig gegen eine derartig geplante Verschlechterung des Gesetzes energisch Protest.“

Mehrere Redner sprechen noch im Sinne des Referenten. Alsdann ergriff Gen. Kretschmar das Wort und forderte auf, eine starke Organisation zu schaffen und wendet sich gegen den Antrag der Grobbäcker Hamburgs.

Kollege Leidig-Würzburg spricht über die Würzburger und Kollege Gagner über die Münchener Bewegung, beipflichtet die Haltung der Innung und der Presse und erwähnt, daß die Beschlüsse nur in Mitglieder-versammlungen gefaßt werden.

An diese Ausführungen schließt sich der Koll. Altmann an und erklärt, daß bei Streiks in Zukunft vor Allem mit aller Schärfe gegen säumige Kollegen vorgegangen werden muß, um Ordnung zu schaffen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen, darauf die Versammlung auf Nachmittags 3 Uhr vertagt.

Nachmittags-sitzung vom 10. April.

Die Sitzung wird um  $\frac{1}{4}$  4 Uhr von Kollegen Altmann eröffnet.

Kollege Stubbe verliest zunächst das Protokoll der Vormittags-sitzung, dasselbe wird für richtig erkannt, da Einwendungen gegen die Fassung des Protokolls nicht erfolgen.

Zunächst erhält der Kollege Kretschmar das Schlusswort. Daraufhin werden die Resolutionen Purgynski, Geislinger einstimmig angenommen, gleichfalls die Resolution Zuch-Mainz, die dem Bundesrath übermittelt werden soll. Der Antrag der Kreisconferenz Mainz-Frankfurt-Höchst usw. wird ebenfalls gegen 4 Stimmen angenommen.

Darauf wird zum Punkt 4 „Erledigung der gestellten Anträge auf Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung im Verbandsverbande“ geschritten.

Hierzu erhält Kollege Nordmann-Bremen das Wort als Referent. Er führt die Gesichtspunkte an, welche die Arbeitslosenunterstützung rechtfertigen. Besonders wünscht er die Einführung wegen des großen fluktuirenden Mitgliederstandes, die dann aufzuheben würde und wir auf ein großes Anwachsen des Verbandes rechnen können.

Als Korreferent erhält zunächst Kollege Bietlichmann-Dresden das Wort. Nach seinem Dafürhalten wäre die Arbeitslosenunterstützung schon deshalb nicht angebracht, wegen der geringen Mitgliederzahl halber. Außerdem würde die Einführung der Unterstützung eine namhafte Erhöhung der Beiträge nach sich ziehen. Ferner führte Kollege Bietlichmann an, daß wir durch Annahme der Arbeitslosenunterstützung unseren Mitgliedern in verschiedenen Provinzen Deutschlands, welche noch Löhne von 3 und 5 Mk. haben, eine solche Last aufbürden würden, daß diese Kollegen unserem Verbandsverbande den Rücken kehren. Berechtigt wäre die Annahme auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung, wenn wir den Arbeitsnachweis in unseren Händen hätten. Referent empfiehlt Ablehnung der Arbeitslosenunterstützung.

In der Diskussion bemerkt zunächst der Koll. Gagner-München, daß wir durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung nur gewinnen können und verweist speziell auf die Münchener Verhältnisse.

Darauf ergriff Altmann das Wort und giebt den Delegierten bekannt, welche Stellung der Hauptvorstand zu dieser Sache einnimmt, daß bei 52 Wochen Karenzzeit, 30 Pf. wöchentlichen Beitrag, es eine sechs-wöchentliche Unterstützung pro Tag mit 75 Pf. geben würde. Ferner nach 52 Wochen Karenzzeit eine Reiseunterstützung von 50 Pf. pro Tag der auf der Wandererschaft sich befindlichen Kollegen. Sollte der Antrag angenommen werden, so soll am 1. Juli dieses Jahres der Antrag in Kraft treten, und am 1. Januar 1900 derjenige zur Unterstützung berechtigt sein, der ein Jahr dem Verbandsverbande angehört, und begründet die Stellung des Hauptvorstandes mit dem Hinweis auf die Arbeitslosenunterstützung der dänischen Kollegen, welche ebenfalls vor 15 Jahren dieselben Verhältnisse hatten, wie wir sie jetzt haben.

An der ferneren Diskussion nahmen Theil, in ablehnender Haltung die Koll. Geislinger-Mannheim, Geeren-Magdeburg, Meyer-Weipzig, Heymann und Bötzle-Frankfurt, Effenberger-Blauenschen, Zuch-Mainz, Langhann-Hamburg.

Für Einführung derselben sprechen folgende Kollegen: Gagner und Friedmann-München, Dieblich-Nürnberg, Biescher-Hamburg, Brieshorn-Berlin, Bag-Altona, ferner als Vertreter der Generalkommission Gen. Röske und Silberer-Wien, welcher ein klares Bild der Arbeitslosenunterstützung giebt, welche bereits von unserer Bruder-Organisation in Oesterreich eingeführt ist. Allmann, als Vorsitzender des Verbandes, giebt nochmals den Standpunkt des Hauptvorstandes kund. Nachdem der Schluss der Debatte angenommen, erhält Kollege Nordmann, als Referent, das Schlusswort, nochmals die Kollegen auffordernd, dem Antrag auf Arbeitslosenunterstützung zuzustimmen. Kollege Biescher empfiehlt nochmals die strikte Ablehnung der Arbeitslosenunterstützung in seinem Schlusswort. Bei der Abstimmung: „Ob eine Erhöhung der Beiträge zum Zwecke der Arbeitslosenunterstützung eingeführt werden soll“, stimmen 9 Kollegen dafür und 14 dagegen; ein Kollege enthielt sich der Abstimmung und ein Kollege ist abgereist. (Der Vertreter von Landshut, welchen bringende Geschäfte zurückriefen.)

Ein Antrag des Kollegen Gagner, die Sitzung um eine halbe Stunde zu verlagern, wird angenommen. Ein Antrag des Kollegen Kretschmer, dahingehend, in den einzelnen Mitgliedschaften bis zur nächsten Generalversammlung keine Arbeitslosenunterstützung einzuführen, wird mit 12 gegen 10 Stimmen abgelehnt, worauf die Sitzung um eine halbe Stunde vertagt wird, bis 1/2 9 Uhr.

Um 1/2 9 Uhr wird die Sitzung vom Kollegen Allmann wieder eröffnet und zunächst die Präsenzliste verlesen. Die Kollegen sind sämtlich anwesend außer dem Vertreter der Generalkommission und dem Kollegen Silberer-Wien.

Ueber den dritten Punkt der Tagesordnung, „Statistik“, nahm zunächst Kollege Allmann das Wort, indem er ungefähr ausführte: Es wäre auch unsere Pflicht, bei Aufnahme einer Statistik speziell zu vermerken, daß der Geburtsort der Lehrlinge und die Erziehungsmethode derselben mit aufgenommen wird, da oftmals die Bäckermeister sich Lehrlinge durch Agenten anwerben lassen resp. dieselben aus Waisenhäusern beziehen, um die jungen Leute besser ausbeuten zu können.

An der Diskussion beteiligten sich mehrere Delegirte. Kollege Juch-Mainz wünscht, auch die Krankheiten der Kollegen mit aufzunehmen. Kollege Götzle-Frankfurt kritisiert die Statistik, wie dieselbe von den Kollegen aufgenommen sei; nur die Münchener Kollegen hätten eine gute Statistik aufgenommen. Leidig-Würzburg und Brieshorn-Berlin pläbieren im Interesse der Statistik für Agitation der Zentral-Krankenkasse der Bäcker Deutschlands. Kollege Geißinger-Mannheim, Dieblich-Nürnberg und Frielmann-München erörtern noch die Ausführung der Statistik. Bieschmann-Dresden empfiehlt den Delegirten, für die Zentral-Krankenkasse der Bäcker Deutschlands zu wirken, im Interesse der Statistik. Auch Kollege Nordmann-Bremen spricht im Interesse der Statistik. Kollege Leidig-Würzburg empfiehlt nochmals, eine Statistik von Seiten des Verbandes vorzunehmen. Biederl-Lübeck bespricht noch die Verhältnisse der Statistik von Lübeck. Allmann in seinem Schlusswort bemerkt, daß der Hauptvorstand den Wünschen der Kollegen entsprechen und den hauptsächlich im Süden und Westen Deutschland neuerdings errichteten Mitgliedschaften Fragebogen zur Erhaltung einer lokalen Statistik in diesen Orten unentgeltlich zur Verfügung stellen will. Ein diesbezüglicher Antrag wird angenommen und hierauf die Sitzung um 10 Uhr Abends bis Dienstag, früh 8 Uhr, vertagt.

#### Vormittags-Sitzung am Dienstag, den 11. April.

Die Versammlung wurde um 8 Uhr vom Vorsitzenden Allmann eröffnet. Zunächst wurden die eingelaufenen Glückwünsche von Hamburg und Lübeck verlesen. Kollege Würzinkli verliest hierauf das Protokoll; da keine Einwendungen gegen dasselbe erhoben wurden, wird es für richtig erkannt. Hierauf ergreift Kollege Allmann zu dem vom Verbandsvorstand eingebrachten Agitationsantrage das Wort. Derselbe weist auf den Zweck und Nutzen, besonders aber auf ersparte Arbeit und auf die Verwendung von Vergnügungsüberschüssen zu Agitationszwecken hin. Allmann ersuchte diesbezüglich die Mitgliedschaften, die Veranstaltung der Vergnügungen selbst zu übernehmen. Kollege Bieschmann-Dresden zog die Zentral-Krankenkasse mit in die Debatte und ersuchte, falls die Kollegen die Einrichtungen der Krankenkasse kritisierten, zuerst der Zentralkasse beizutreten.

Es wurden dann noch folgende Anträge zur Diskussion gestellt:

1. Steue den Antrag: „Wenn Mitglieder nach einem anderen Orte reifen und dort Arbeit erhalten, so haben sie sich der an diesem Orte befindlichen Mitgliedschaft sofort zu melden und dort beizutreten.“ B. Fischer.

Der Antrag wurde dem Verbandsvorstand überwiesen. Selbiger erklärte, im Sinne desselben handeln zu wollen.

2. Antrag zur Agitation. „Die Generalversammlung wolle beschließen, daß ein ausgiebiges Material von den noch bestehenden Bruderorganisationen, welches man sich verschaffen solle, herausgegeben werde, und zwar bezugnehmend auf die Vortheile, welche den Kollegen in gesundheitlicher und moralischer Beziehung durch die Abschaffung des Koff- und Logiswesens bei den Arbeitgebern zu Gute kommen.“ Juch. Der Antrag wurde angenommen. (Schluß folgt.)

#### Versammlungs-Berichte.

Berlin. Am 11. April fand die regelmäßige Monatsversammlung der Verbandsmitglieder statt, die ziemlich gut besucht war. Der Kassirer verlas zunächst folgenden Kassenbericht vom 1. Quartal 1899. Einnahme: Eintrittsgeld von 139 Mitgliedern, à 50 Pf. = 69.50 Mk. Monatsbeiträge 500, à 80 Pf. = 400.— Mk. Duplikate 4, à 20 Pf. = 0.80 Mk. Sonstige Einnahmen 87.30 Mk. Kassenbestand vom 31. Dezember 1898 229.60 Mk. Summa 787.20 Mk. Ausgabe: An die Hauptkasse des Verbandes gelandt 320.30 Mk. Verfenbung der Verbandszeitung an die Mitglieder 26.99 Mk. Reiseunterstützung 9.— Mk. Agitation 10.75 Mk. Verwaltung (sachliche Ausgaben) 11.95 Mk. Rechtschutz an Verbandsmitglieder in gewerblichen Streitigkeiten 30.— Mk. Unterstützung an hilfsbedürftige Mitglieder 30.— Mk. Für Broschüren an die Hauptkasse des Verbandes 40.— Mk. Summa 478.99 Mk. Bilanz. Gesamt-Einnahme 787.20 Mk. Gesamt-Ausgabe 478.99 Mk. Kassenbestand am 1. April 1899 308.21 Mk. Nachdem die Ausgaben noch näher erläutert waren und von mehreren Mitgliedern es freudig begrüßt wurde, daß die Mitgliedschaft in diesem Quartal einen guten Fortschritt gemacht hat, wurde auf Antrag der Revisoren dem Kassirer Decharge ertheilt. Zum zweiten Punkt mußte ein neuer Kassirer gewählt werden, da der bisherige sein Amt niedergelegt hat. Die Wahl fiel auf den Kollegen Heppmann. Hierauf machte sich die Wahl eines Hilfskassirers, sowie eines zweiten Vorsitzenden nötig. Als Hilfskassirer wurde Kollege Gasting, als zweiter Vorsitzender Kollege Höpfer gewählt. Alsdann wurde das Stiftungsfest besprochen, das am 30. April d. J. in den Vorruß-Sälen, Adlerstr. 6-7, abgehalten wird. Zum Schluß wurde vom Kollegen Höpfer noch einiges von der Lohnbewegung mit-

getheilt, besonders die vorzunehmende statistische Erhebung. Pflicht der Mitglieder sei es, hier tüchtig mitzuarbeiten.

Braunschweig. Am 9. April tagte eine Mitglieder-versammlung im „Rheinischen Hof“. Auf der Tagesordnung stand: 1. Der Maximalarbeitsstag und Sonntagsruhe. 2. Der 1. Mai und seine Bedeutung. 3. Bericht vom Kartell. 4. Verschiedenes. Beim 1. Punkt der Tagesordnung legte Kollege Schreiber ausführlich die Gründe dar, welche den Bundesrath zu einer Einschränkung der Arbeitszeit im Bäckergewerbe veranlassen und führte weiter an, daß jetzt aber, nach dreijährigem Bestehen des Maximalarbeitsstages, die Innungen versuchen, denselben wieder illusorisch zu machen durch Umwandlung in einen Wochenturnus von 84 Stunden. Darum sei es Pflicht eines jeden Kollegen, hiergegen energisch zu protestiren. In der Diskussion sprachen sich verschiedene Kollegen für baldige Einberufung einer Protestversammlung aus, welche auf den 21. April festgesetzt ist. Im 2. Punkt der Tagesordnung sprach Kollege Schreiber über die Bedeutung des 1. Mai und legte jeden Kollegen ans Herz, sich an der Maitfeier zu beteiligen. Die Versammlung stimmte den Ausführungen zu. Zum 3. Punkt berichtete Kollege Meier Verschiedenes vom Kartell. Zum Punkt Verschiedenes wurde ferner noch die Gründung eines Streikfonds in Anregung gebracht, zu welchem 10 Mk. aus der Kasse bewilligt wurden. Dann gab Kollege Schreiber noch bekannt, daß vier hiesige Bäckermeister wegen überlanger Arbeitszeit beim Gewerbe-Inspektor zur Anzeige gebracht wurden. Zum Schluß forderte Kollege Zimmerhäcker die Anwesenden auf, falls in München der Streik ausbrechen sollte, was höchstwahrscheinlich zu erwarten ist, sich nicht als Streifbrecher gebrauchen zu lassen und den Kollegen nicht in den Rücken zu fallen. An Stelle des Kollegen Vertram wurde Kollege Amme zum Schriftführer gewählt.

Frankfurt a. M. In einer Sitzung des Bäckerverbandes im Februar wurde zur Sprache gebracht, daß mehrere Bäckermeister, so auch Philipp Schmidt in der Kalbächer Gasse, fast regelmäßig über die gesetzliche Zeit arbeiten ließen. Schmidt hat sich heute deshalb wegen Vergehens gegen die Reichsgewerbeordnung zu verantworten. Der Bäcker Heinrich Willert befand unter dem Gide, er habe fast regelmäßig bei Schmidt von 1/2 9 Uhr Abends bis gegen 1/2 11 Uhr Morgens gearbeitet. Einmal sei es sogar 1/2 12 Uhr geworden. Bestimmungsgemäß dürfen die Bäckergehilfen nicht länger wie 12 Stunden mit verschiedenen Pausen arbeiten. Zwanzigmal im Jahre darf der Meister länger arbeiten lassen. Geschieht dieses, so ist es jedesmal auf dem Bäckerkalender, der in der Backstube offen hängen muß, seitens des Meisters zu vermerken. Schmidt oder dessen Angehörige haben dieses früher zum Theil den Leuten überlassen. Der Angeklagte bestreitet, daß die Leute länger bei ihm arbeiten müssen, wie 12 bzw. 13 Stunden. Wenn dieses geschehen sei, so habe er davon keine Kenntniß gehabt, es sei dies ohne sein Wissen und Willen geschehen. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Staatsanwalt Schell hält den Angeklagten für überführt und beantragt Mk. 150 Geldstrafe eventuell 50 Tage Gefängniß. Der Vertretiger des Rechtsanwalts Richard Bruck beantragt in erster Linie die Freisprechung seines Klienten, in zweiter Linie eine erheblich gelindere Geldstrafe. Schmidt wird zu 50 Mk. Geldstrafe, eventuell fünf Tagen Haft verurtheilt.

Hamburg. (Weißbäcker.) Versammlung am 13. April bei Hilmer, „Veslinghalle.“ Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird die Berathung über die „Maitfeier“ bis zur öffentlichen Versammlung vertagt, weil noch keine definitive Beschlussfassung über die Abhaltung derselben vorliegt. Die Gegner verliert darauf den Kassenbericht vom ersten Quartal. Die Revisoren erklärten denselben für richtig. Dem Kassirer wird Decharge ertheilt. Gegen die Wiederaufnahme der Abtrünnigen vom letzten Streik erklärten sich Thiel, Stropke, Doje, Gotheimer; Hegemann sprach in längerer Ausführung dafür, indem er darlegte, daß es der Hauptzweck der Gewerkschaften mit wäre, die indifferenten Kollegen, die der Arbeiterbewegung noch „harmlos“ gegenüberstehen, heranzuziehen und aufzuklären, besonders jetzt, da man schon wieder den Maximalarbeitsstag verschlechtern will. Die Versammlung beschließt, die „Harmlosen“ noch nicht in den Verband aufzunehmen. Dann theilt der Kassirer mit, daß die Schulden vom letzten Streik ziemlich gedeckt seien und wir wohl mit der Erhebung der Extrasteuer Schluß machen können. Die Versammlung beschließt, die Extrasteuer aufzuheben und daß die Kollegen, welche bis zum April noch nicht bezahlt haben, noch bis dahin bezahlen lassen. Darauf beleuchtet Hegemann in zutreffender Weise das Nachwerk der Innung, die Broschüre über den Hamburg-Altonaer Bäckerstreik und den Boykott.

Hannover. Die Mitgliedschaft beschäftigte sich in gut besuchter Versammlung vom 9. April mit dem geplanten Attentat auf den Maximalarbeitsstag. Nach einem mit großem Beifall aufgenommenen Referat des Kollegen Kühl fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Unsere heutige Mitgliederversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen Kühl voll und ganz einverstanden und verpflichtet, für dieselben in Betreff energischer Agitation gegen die 84 stündige Maximalarbeitswoche und für Weibehaltung und strikte Durchführung des 12 stündigen Maximalarbeitsstages, im Hinweis auf die unkontrollirbaren Ungünstigkeiten der ersten, voll und ganz einzutreten. Im Ferneren verpflichtet jeder der Anwesenden, in seinem Wirkungskreise ganz energisch dafür Sorge zu tragen, damit auch aus Bäckern eine einigermaßen der Zivilisation entsprechende Arbeitszeit ermöglicht ist.“ Die weiteren Punkte der Tagesordnung wurden wegen vorgerückter Zeit von der Beschlussfassung ausgegessen.

Heidelberg. Auf Veranlassung des Zentralvorstandes des Bäckerverbandes berief das hiesige Gewerkschafts-Kartell auf den 13. April in die „Karlshurg“ eine öffentliche Bäcker-versammlung ein. Diese erfreute sich eines äußerst zahlreichen Besuches. Ueber 70 Bäckergehilfen waren erschienen. An Stelle des verhinderten Genossen Heymann aus Frankfurt a. M. war Genosse Juch aus Mainz erschienen, um über das Thema: „Die Bäckerschutzesetze, deren Durchführung und Feinde“ zu referiren. Die weitläufigen interessanten Ausführungen wurden von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen und fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die heutige öffentliche Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und spricht lebhaft ihr Bedauern über die Verschlechterung des Maximalarbeitsstages, wie sie von dem Bundesrath geplant ist, aus. Sie erhebt daher einmüthig Protest gegen eine derartige Verkümmern der Schutzbestimmungen.“ Nach dem Referat wurde der Grundstein zu einer Organisation gelegt. Man kann mit diesem Anfang hier zufrieden sein und hoffentlich ist die Zeit nicht mehr fern, wo sich auch hier die Klaven der Backstube zur Erkämpfung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen vereinigen.

Höchst. Am 21. April fand im „Vogel Nest“ eine öffentl. Bäcker-versammlung statt, in welcher Kollege Brugger über die geplante Verschlechterung der Bäckereiverordnung sprach und dann auf die Einhaltung der Sonntagsruhe zurückkam. Kollege Götzle (Frankfurt) schloß sich diesen Ausführungen

an und betonte die letzten Berathungen im Reichstag. Kollege Brugger beantragte schließlich, eine Eingabe an die Politische Behörde zu machen, um unter die Arbeiterbestimmungen zu kommen, damit andere Wohnungsverhältnisse und zulässen. Genosse Veyenbecker sprach im Auftrage des Gewerkschaftskartells über die Maitfeier und stellte den Antrag, die Eingabe betr. der Wohnungsverhältnisse dem Gewerkschaftskartell zu übergeben, welchem stattgegeben wurde. Zum Schluß wurde von den drei Rednern noch der Brauerstreik in Frankfurt erwähnt.

Karlsruhe. Donnerstag den 30. April tagte hier eine öffentliche Bäckergehilfen-Versammlung, welche von circa 800 Kollegen besucht war. Kollege Heymann von Frankfurt a. M. referirte über 1 Stunde lang über den Nutzen der Organisation speziell für die Bäckergehilfen. Dabei sprach er sich in scharfen Worten gegen die Bestrebungen der Bäckermeister gegen den Maximalarbeitsstag aus. Die Bäckergehilfen müßten wie ein Mann zusammenstehen und den Plan, eine unkontrollirbare 84-stündige Normal-Arbeitswoche durchzuführen, ganz energisch bekämpfen, worauf ihm allgemeiner Beifall gezollt wurde. Dann sprach Kollege Röber über die Forderungen des hiesigen Vergnügungs-Vereins, welche ihnen von den Innungsmeistern zweimal rundweg abgeschlagen wurden. Dabei ermahnte er die Kollegen, sich zu organisiren, um dann vereint gegen die Proben vorzurücken. Genosse Kolb erinnerte an die erste Versammlung und wie sich die Meister dort verhielten samt ihren Verbündeten, den Vertretern des Vergnügungs-Vereins, von welchen heute nicht einer zu sehen war. Ferner ermahnte er die Kollegen, sich dem Aischol fern zu halten und ihr Geld da anzuwenden, wo es sicher gute Früchte tragen würde, hauptsächlich dadurch, daß die Mitglieder pünktlich ihren Monatsbeitrag bezahlten. Sodann sprach Sprechmeister Jung im Sinne des Genossen Kolb, nur könne er die Fremdwörter von Kolb. Heymann nicht verstehen, wie Egoist und Idealist. Kollege Heymann gab ihm die richtige treffende Antwort, indem er ihm erklärte, daß er noch riesig dumm sein müßte, wenn er als Innungsgröße nicht verfinde, was jeder Bäckergehilfe verstanden. Nach kurzer Diskussion wurde eine Resolution einstimmig angenommen, welche sich entschied gegen jede Verschlechterung des bisherigen Arbeiterschutzes für die Bäckergehilfen ausspricht. 16 neue Mitglieder traten in den Verband auf. (Schluß folgt.)

In Leipzig tagte am 12. April eine von 400 Personen besuchte öffentliche Versammlung, in welcher Kollege Bristor aus Berlin über die geplante Verschlechterung des Maximalarbeitsstages referirte und angetheilten Beifall fand. Die bekannte Protestresolution fand einstimmige Annahme. Mit der Aufforderung, daß sämmtliche Kollegen sich dem Verbands anschließen sollten, um dadurch den wirksamsten Protest gegen die geplante Verschlechterung zu erheben, schloß die Versammlung.

Ludwigshafen. Am 20. April hatten die Mannheimer Bäcker im „Triefels“ in Ludwigshafen eine Versammlung einberufen, zu welcher Kollege Trageser aus Frankfurt als Referent anwesend war. Auf der Tagesordnung stand: „Die Verschlechterung der Maximalarbeitszeit und wie stellen sich die Ludwigshafener Kollegen dazu.“ Referent unterbreitete den Kollegen hauptsächlich die traurige Lage, in der sie sich gegenüber anderen Berufen befinden, empfahl die Organisation der Bäcker und den Anschluß der Ludwigshafener Kollegen an die Mannheimer Mitgliedschaft. An der Diskussion beteiligten sich im zustimmenden Sinne die Kollegen Wöpler, Geißinger und der Einberufer, sowie ein Vertreter des Ludwigshafener Arbeiterblattes; dagegen sprach der Vorstand des Bäckergehilfen-Vereins von Ludwigshafen. Es traten verschiedene Kollegen dem Verband bei.

In Lübeck sprach am 16. April in öffentlicher Versammlung Genosse Bartels über die Bäckerschutzesetze und die geplante Verschlechterung des Maximalarbeitsstages. Redner erntete reichen Beifall und fand die Protestresolution einstimmige Annahme.

Magdeburg. In unserer Mitglieder-versammlung, die am 6. April im Dreikaiserbund stattfand, wurde zunächst der Kassenbericht vom letzten Quartal verlesen. Kollege Engel bemerkte noch, daß die Revisoren recht viel zu wünschen übrig ließen und es nicht einmal für nötig hielten die Kasse zu revidiren. Er macht den Vorschlag, an deren Stelle andere zu wählen. In Punkt 3, Bericht über unser Stiftungsfest, erwähnte Kollege Große, daß es viele Kollegen vorgezogen hätten nach dem Bruderschaftskränzchen zu gehen, da ja nur zwei Drittel der Verbandsmitglieder anwesend war. In Punkt Verschiedenes sollte sich zunächst Kollege Schäfer vertheidigen, brachte aber nicht viel zu seiner Vertheidigung vor, da er immer auf die Kollegen hinwies, die ihn etwas angegriffen hatten. Er wurde aber nach den Beschlüssen der letzten Versammlung neu aufgenommen. Kollege Hühne gab noch bekannt, daß in jeder Versammlung bekannt gemacht werde wie stark die Mitgliedschaft ist und ob welche neu aufgenommen oder ausgeschieden sind.

Offenbach. Die öffentliche Bäcker-Versammlung am 13. April war von 100 Gehilfen besucht. Kollege Nordmann aus Bremen referirte über die Lohnbewegungen und Streiks im Bäckergewerbe in letzter Zeit. Hierauf ging er auf die Bundesratsverordnung, betreffs des 12stündigen Maximalarbeitsstages über, welche jetzt in eine Maximalarbeitswoche von 84 Stunden umgewandelt werden sollte und legte den Kollegen klar, daß dann die Kontrolle ein Ding der Unmöglichkeit sei. Kollege Trageser aus Frankfurt wies darauf hin, daß auch hier noch viele Mißstände bestehen, welche abgeschafft werden müssen und brachte vor, daß hier noch so viele Kollegen dem Verbands fernstehen, wogegen die Innungsmeister sich Mann für Mann ihrem Verbands anschließen. Kollege Brode sprach über den voraussetzlichen Streik in München, sowie über die Unterdrückungen von Seiten der Polizei in Höchst. Kollege Christian ermahnt die Offenbacher Kollegen dem Verbands beizutreten, welchem a. S. Folge geleistet wurde, indem sich 17 Kollegen anschließen. Zum Schluß wurde die bekannte Resolution einstimmig angenommen. Kollege Nordmann ergreift das Schlusswort und ermahnt die Kollegen, nicht nur hier für die Resolution zu stimmen, sondern dieselbe auch zu befolgen und auch fernerhin dem Verbands treu zu bleiben.

Stettin. Eine öffentliche Bäcker-versammlung tagte am 6. April im Lokale des Herrn Voigt, um Protest einzulegen gegen die geplante Verschlechterung des Maximalarbeitsstages. Von Seiten der preussischen Regierung soll in den nächsten Tagen ein Antrag an den Bundesrath gehen, den Maximalarbeitsstag in eine Maximalarbeitswoche von 84 Stunden umzumodeln. Das Referat hatte Kollege Purczynski übernommen, welcher ungefähr Folgendes ausführte: Die Bäckergehilfen hätten einfach die Macht nicht erkannt, die der Bundesrath den Bäckergehilfen Deutschlands in die Hand gegeben hat. Gegen die Bäckerei-Verordnung haben die Bäckermeister Deutschlands fortwährend Sturm gelaufen und könne es den Anschein gewinnen, als wenn dieselben damit Glück gehabt hätten. Die Bäckermeister haben gewacht, während die Bäckergehilfen geschlafen haben. Die Kollegen

hätten sich auch auf den Standpunkt der Bäckermeister stellen müssen, daß Unruhe die erste Bürgerpflicht sei; arbeitslos bleiben können nicht. Referent streifte noch die Lehrstellenklasse vom 4. Februar 1890 und fordert die Anwesenden auf, sich dem Deutschen Bäcker-Verbands angeschlossen zu sein. Die Beschlüsse der Resolution soll sofort dem Bundesrat übermittelt werden, um die geplante Verschlechterung noch in letzter Stunde abwenden zu können.

Reisen. Am 28. April fand eine öffentliche Versammlung statt, in welcher auch die Männer der Bruderschaft, die von den Meistern gegründet wurde, um dem Verbande beizutreten zu thun, zugegen waren. Einer dieser Leute, Pastor M. H., bemerkte, er brauche den Verband nicht, 7 Jahre sei er schon Mitglied und in dieser Zeit noch keine Stunde arbeitslos gewesen. (Doch er aber auch schon für 250 Wochen (oder 6 Monate) gearbeitet hat, verschiebt der Herr.) In solcher und ähnlicher Weise suchten die Deutschen die Kollegen davon zu warnen, sich dem Verband als Mitglieder anzuschließen. Doch alles nützt ihnen nichts, auch die blinde Wuth der Meister wird nicht verhindern können, daß sich die Erkenntnis unter den Kollegen immer mehr durchringt, daß ihr Heil nur in der Organisation liegt.

### Gewerkschaftliches.

Ist die Bundesratsverordnung vom 4. März 1896 betreffs Maximalarbeitszeit für Bäcker schon vollständig vergessen worden, oder ist sie in kleinen Städten noch auf dem Lande, jetzt, nach dreijährigem Bestehen, überhaupt noch nicht eingeführt? Fast keine Woche vergeht, in der uns nicht von Verbandsmitgliedern, welche in kleinen Orten Arbeit bekommen haben, die Meldung zugeht, daß an diesen Orten in keiner Bäckerei die Verordnungs- und Kalendertafeln ausgehängt, die Herren Meister sich auch nicht im Geringsten um die Einhaltung der Gesetzesbestimmungen kümmern. So wird uns jetzt wieder aus Vertheilung in der Provinz berichtet, daß dort überall die Tafeln in den Bäckereien fehlen. Im letzten Jahre hat dort eine Kommission, bestehend aus den Herren Bezirksassessor, Bezirksarzt und Polizeiwachtmeister, die Bäckereien revidirt. Ob diese Kommission etwas beanstandet hat, wissen wir nicht; aber auch nach dieser Revision kümmert sich kein Meister um die Verordnung des Bundesrathes. Wir fragen: Nimmt man es mit der Durchführung der Verordnung überhaupt nur dort ernst, wo Mitgliedschaften unseres Verbandes bestehen, also in den Großstädten? Und ist die Verordnung auf dem Lande und in kleineren Städten überhaupt den Behörden noch nicht bekannt geworden, oder nur so, daß sie schon wieder vergessen ist?

\* Mithien des patriarchalischen Verhältnisses. Der Bäckermeister M. in Beiertheim bei Karlsruhe beschäftigte vom 3. Mai 1898 bis 13. April d. J. einen Gehilfen. Das erste halbe Jahr hatte dieser Kollege ein Bett zur Benutzung, dann aber kam des Meisters Tante und holte ihm das Bett weg, weil, wie sie behauptete, das Bett ihr Eigenthum sei. Der Gehilfe stellte nun dem Meister zur Rede und verlangte, daß dieser ihm ein anderes Bett zur Verfügung stelle, worauf er zur Antwort bekam: „Legen Sie sich auf den Backofen, ich habe früher auch auf dem Backofen schlafen müssen.“ Um nun nicht im Winter arbeitslos auf der Landstraße zu liegen, mußte der Kollege dies Angebot akzeptiren und bekam ein halbes Jahr kein Bett zu sehen, sondern mußte seine müden Knochen auf dem Backofen ausruhen. Ein herrliches Verhältniß ist es doch, daß der größte Theil der Kollegen noch Kost und Wohnung beim Meister hat, auch ist es kein Wunder, daß sich die Meister so energisch gegen die Beseitigung dieses Systems sträuben, wenn ihnen die Wohnung für die Gehilfen so billig ist, wie in diesem Falle.

\* Vom Obermeistertag des Unterverbandes Norden am 10. April in Neumünster. Dort wurden einige Beschlüsse gefaßt, durch welche die Innungsmeister verpflichtet wurden, daß sie bei einem etwaigen Streik und Brodderlott nicht so hilflos dastehen, wie seinerzeit in Hamburg-Altona. Zunächst sollen die Innungsmeister nur Mehl in plombirtten Säcken kaufen, weil es trotz eivrigster Kontrolle den Herren beim Mehlbrott nicht möglich war, auszukundschaffen, woher die Streikleitung das Mehl für die Meiner, welche bewilligt hatten, bezog. Ferner wurde auf Antrag der Hamburger Innung beschlossen, überall von den Innungen Arbeitsnachweise zu errichten, und begründete Herr Blindmann diesen Antrag mit der „heutigen außerordentlichen

Thätigkeit der sozialistischen Gesellen-Agitatoren.“ Jedenfalls hat sich der Mangel an Arbeitsnachweisen so fühlbar gemacht, als man in allen Innungsblättern bekannt gab: die, welche in den Tagen des 22. bis 26. Juni die Arbeit niedergelegt hatten, sollte kein Meister in Arbeit nehmen. Da hat der Maßregelungsapparat nicht so recht funktioniert und deshalb will man jetzt die Fägel straffer ziehen und überall solche Maßregelungsbureaus errichten.

### Beschwichtigungsversuche. Der Hamb. „General-Anzeiger“ läßt sich aus Berlin telegraphiren:

„Nächst ging die Meldung durch die Blätter, daß eine Aenderung der Bundesrats-Verordnung, betreffs des Betriebes von Bäckereien und Konditoreien, vom März 1896, in der Richtung bevorstehe, daß an Stelle der bisher vorgeschriebenen 12stündigen Maximalarbeitszeit für das Bäckergewerbe eine 48 stündige Mindestzeit treten solle. Diese Mittheilung hat in den Kreisen der Angestellten des Bäckergewerbes große Beunruhigung hervorgerufen und an einzelnen Orten, so besonders in Hamburg, breizt es zu großen Protestversammlungen Anlaß gegeben. Die hiesigen Bäcker-Gesellen haben sogar bereits mit einem allgemeinen Ausstand für den Fall gedroht, daß der Bundesrath wirklich eine derartige Aenderung seiner Verordnung beschließen sollte. Wir haben uns deshalb bemüht, der Sache auf den Grund zu gehen und festzustellen, ob und inwiefern jene, irren wir nicht, zuerst von der „D. B. Z.“ gebrachte Meldung zutreffend ist. Nach Allem, was wir ermitteln konnten, scheint sie lediglich auf eine Aenderung zurückzuführen zu sein, die Staatssekretär Graf Voskowsky bei einer Besprechung der Bäckerei-Verordnung am 21. Januar d. J. im Reichstage gethan hat. Der Staatssekretär bemerkte damals, nach seinen Beobachtungen scheinen es viele Interessentenkreise und sozialpolitische Kreise jetzt für praktischer zu halten, den Maximalarbeitszeit durch eine Maximalarbeitszeit im Bäckergewerbe zu ersetzen. Diese Aenderung ist, soweit sich feststellen läßt, bisher das Einzige, das jener Meldung eine gewisse Stütze verleiht. Sonst ist bisher noch kein Schritt gethan, noch keine Vorbereitung getroffen worden zur Herbeiführung einer Aenderung der Bäckerei-Verordnung, obwohl es in Bundesratskreisen als sehr wahrscheinlich gilt, daß binnen Kurzem eine Aenderung der Bäckereiverordnung in der vom Staatssekretär im Reichsamte des Innern bezeichneten Richtung eintreten wird.“

Dies Dementi ist nicht mehr als eine Bestätigung dessen, was wir vorausgesehen und aus ganz zuverlässiger Quelle die Anhaltspunkte dafür erhalten haben. „Bisher ist noch kein Schritt gethan, aber es gilt als sehr wahrscheinlich, daß eine Aenderung (d. h. Verschlechterung) der Bundesratsverordnung eintreten wird“; ist das nicht dasselbe, als was wir gesagt haben?

Kollegen Deutschlands! Laßt Euch nicht durch solche Beschwichtigungsmanöver einflullen! Erhebt überall energisch Protest gegen die geplante Verschlechterung des Bäckerschutzes! Kräftet Euch, damit wenn man uns diesen winzigen Schutz nimmt, wir uns durch die Macht der Selbsthilfe eine kürzere als 12 stündige Arbeitszeit erkämpfen können!

Ans Fort i. L. In dem Artikel über die Arbeitsverhältnisse in den Konsum- und Genossenschaftsbäckereien wurde besonders hervorgehoben, daß in der Bäckerei des hiesigen Konsumvereins noch öfters die Arbeitszeit weit über das erlaubte Maß ausgedehnt wurde. Unsere dort beschäftigten Mitglieder unterbreiteten der Geschäftsleitung sofort den Artikel und dies hat geholfen, denn gleich am andern Tage wurde ein Mann mehr eingestellt, so daß jetzt die gesetzlich festgesetzte Arbeitszeit von 12 Stunden eingehalten werden kann. Wie uns weiter vom dort berichtet wird, hätte dieser Uebelstand schon lange beseitigt sein können, wenn nur unsere dort arbeitenden Kollegen schon früher aufgetreten wären und eine Mehrereinstellung verlangt hätten. In den Konsumbäckereien ist es eben wie überall, wenn die Kollegen organisiert und einig zusammenstehen, fällt es ihnen auch nicht schwer, lange nicht so schwer als bei Privatunternehmern, ihre Lage zu verbessern.

### Eingefandt.

Ein alle Kollegen von Nürnberg!

Kaum hat sich hier eine Mitgliedschaft unseres Verbandes gebildet, so zeigte sich sofort, daß es auch an Gegnern nicht fehlt. Doch wer da glaubte, einen ehrlichen Gegner vor sich zu haben, täuschte sich gewaltig. Die Versammlung im

Sächsischen Hof, in welcher Kollege Almann aus Hamburg sprach, zeigte dies leider nur zu deutlich. Nicht vermochten die beiden Innungsschwänze Reichel und Grindel den Referenten sachlich zu entgegenen, dazu fehlt es ihnen an den nöthigen Verstand und Auktand. Nicht deshalb kamen sie, um uns zu erklären, daß die Nürnberger Bäcker-Klassen es nicht nöthig haben, sich zu organisiren, um dadurch ihre mehr als elende und traurige Lage zu verbessern, nein, nur deshalb sind sie gekommen, um die Versammlung zu sprengen. Daß dies ihnen aber nicht gelang, ist nur dem Umstande zu verdanken, daß alle anwesenden Kollegen auf Seite des Referenten und einiger Diskussionsredner waren und ihren Ausführungen in allen Theilen voll und ganz zustimmten. So bei der Kritik über die mehr als reaktionäre Backstudenordnung, die von der hiesigen Innung erlassen wurde, und bei der Behauptung des Referenten, daß ein Kollege nur eine Mark Lohn wöchentlich erhält, wie ihm von zuverlässiger Seite mitgetheilt wurde. Ein wahres Wuthgeheul fingen sie an, die beiden Selben Reichel und Grindel, die offenbar nur dazu in die Versammlung kamen, um zu verhindern, daß berartige geradezu schauerhafte Zustände an die Deffentlichkeit kommen. Kollegen! Was derartige Zustände bedeuten, und wer darunter zu leiden hat, dies glauben wir wohl nicht nöthig zu haben, Euch zu sagen. Aber das eine steht fest, wenn wir so weiter dahin leben wie bisher, wenn wir uns immer nur dem Vergnügen und dem Spiel hingeben, wenn wir ferner uns gegenseitig immer nur bekämpfen und behezen und diese persönlichen Reibereien und Hegereien nicht einmal aus der Welt schaffen, und uns endlich nicht einmal energisch damit befassen, unsere elende und menschenunwürdige Lage zu verbessern, dann werden uns unsere Meister erstens einmal nichts mehr zu essen geben, und zweitens werden wir statt Lohn Prügel bekommen. Ich wette ta... gegen eins daß Ihr auch dann noch aufstehen seht... weiter schuftet werdet für Euren profitflüsternden Ausbeuter, denn Prügel thun eben noch und um dieselben einfach von sich abzuwenden, arbeitet man einfach wieder, weiß gleich ist. So weit wirds noch kommen. Aber, Kollegen, bedenken wir doch, daß wir Menschen sind und keine Thiere.

Aus diesem Grunde möchte ich Euch allen zurufen: Organisirt Euch und schließt Euch zusammen, denn nur dann werden unsere Meister oder Innungen Hestpekt bekommen vor ihren Gesellen und werden sie dann auch als Menschen behandeln. Aber so lange wir uns nicht zu einer festen und geschlossenen Macht zusammenschließen und nur immer vereinzelt und zerstreut dastehen, erlauben sie sich eben alles.

Kollegen! Es fehlt hier der Raum, zu beweisen, wie nöthig wir e. hätten, uns unsere Lage zu verbessern, ein Jeder weiß ja selbst, wie elend wir noch daran sind gegenüber anderen Arbeitern. Und deshalb möchte ich auch jedem Kollegen, der es noch gut mit sich selber meint, zurufen: Ginein in den Verband und in die Organisation! Bedenket nur das Sprichwort: „Einer für Alle und Alle für Einen“, und bald wird auch den Bäcker-Gesellen ein besseres, menschenwürdigeres Dasein beschieden.

Die Hauptfache aber ist dann, die Versammlungen fleißig besuchen und das Beitragszahlen nicht vergessen! J. D.

### Versammlungs-Anzeiger.

- Altona. Mitgliederversammlung am 8. Mai, Nachm. 4 Uhr, bei Oppermann, Gr. Freiheit.
- Bergedorf. Mitgliederversammlung Sonntag den 7. Mai im Lokale „St. Petersburg“.
- Dortmund. Mitgliederversammlung Sonntag den 7. Mai, Nachm. 4 Uhr, bei Bennöcker, Steinstr. 32.
- Frankfurt a. M. Mitgliederversammlung am Mittwoch den 3. Mai, Mittags 1 Uhr, im „Erlanger Hof“, Bornstraße 11.
- Hamburg (Großbäcker). Mitgliederversammlung am Donnerstag den 4. Mai, Abds. 7 1/2 Uhr, bei Fr. Lübben, Peterstr. 60.
- Hamburg. Gemeinschaftliche Mitgliederversammlung für beide Mitgliedschaften am Sonntag den 7. Mai, Nachm. 3 Uhr, im Harmonia-Gesellschaftshaus, Hohe Bleichen 30.
- Leipzig. Mitgliederversammlung am 7. Mai, Vormittags 11 1/2 Uhr, in der „Flora“.
- Nürnberg. Mitgliederversammlung am Donnerstag den 4. Mai, Nachm. 1/2 Uhr, im Verbandslokal „Goldnen Märker“ am Döschmannsplatz. Die Zeitungen können allwöchentlich in obigem Lokal abgeholt werden, doch erhalten sie nur die Mitglieder, welche ihr Buch in Ordnung haben. Ohne Buch auch kein Zutritt zu den Mitgl.-Vers.

**Weiß- und Grobbäcker Hamburgs**  
Sonntag den 7. Mai, Nachm. 3 Uhr  
**Gemeinschaftliche Mitglieder-Versammlung**  
im Harmonia-Gesellschaftshaus, Hohe Bleichen 30.  
Tages-Ordnung: 1. Die Tendenz der Vergnügungsvereine hier am Orte. Referent Kollege B. Fischer. 2. Wahl von Beisitzern zum Hauptvorstand. 3. Wahl der Haupt-Referenten.  
Die Vorstände.  
Die Mitglieder werden ersucht, zu dieser wichtigen Versammlung präzise und zahlreich zu erscheinen.

**Mitgliedschaft Leipzig.**  
Sonntag den 7. Mai, Vormittags 11 1/2 Uhr  
**Mitglieder-Versammlung**  
in der „Flora“ (Obere Etal).  
Tages-Ordnung: 1. Bericht des Delegirten von der Generalversammlung in München. 2. Abrechnung des Kassiers. 3. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen bitte. Der Vorstand.

**Dortmund.**  
Sonntag den 7. Mai, Nachm. 4 Uhr  
**Mitglieder-Versammlung**  
bei Ang. Bennöcker, Steinstr. 32.  
Tagesordnung: 1. Urabstimmung über den Antrag der Generalversammlung. 2. Arbeitszeiteminderung. 3. Lokalfrage.  
Alle Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.  
Der Vorstand.

**Gera (A. J. L.).**  
Zentralherberge und Arbeitsnachweise der vereinigten Gewerkschaften Geras befindet sich nun im „Gehäuse zur kühlen Quelle“, Bärenng. 6.

**Backofen-Umbau**  
zu Holz- oder Leaksheizung.  
Abjakt...  
Max Ketterer,  
Leipzig-Reudnitz, Heinrichstr. 21.

**Leipzig! FLORA Leipzig!**  
Windmühlenstr. 14/16,  
empfehl ich seine  
freundlichen  
**Julius Michael.**  
NB. Verkehr der Bäcker seit 1878.  
**Zürich (Schweiz).**  
Die Bäcker-Gewerkschaft (Vereinslokal „Goldner Stern“, bei der Quai-brücke am See) hat am 1. Okt. die Arbeitsvermittlung eingeführt und dieselbe der Arbeitskammer der Stadt Zürich, Säbingerstr. 40, übertragen. Bureauzeiten von 8-12 Uhr Vormittags und 2-6 Uhr Nachmittags.  
Dafelbst wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt, und zwar erhalten organisirte Kollegen 2 Frks., nichtorganisirte 50 Rappen.

**Quittungs-Marken u. Kautschuk-Stempel**  
Hefert seit 20 Jahren f. tausende Kassen u. Verlebe  
Jean Holze  
Hamburg, Gr. Drehbahn 45  
Verlag sozialistischer Bilder.  
Illustr. Preislisten gratis und franko.  
Soeben erschienen das neue Fraktionsbild d. soz.-dem. Partei 1898  
**Monatsgarderobe.**  
Empfehle in reicher Auswahl allerfeinste Herbst-, Winterpaletots, komplette Anzüge, alle Façons und Weiten. Elegante Fracks u. Gesellschaftsanzüge auch leichtwefie.  
J. Kindermann, Leipzig, Salzgaschen 9 I.

Empfehle mein  
**Gast- und Logirhaus**  
für hiesige und zugereiste Verbandskollegen.  
(Habe jetzt noch einige Betten frei.)  
Schöne, billige Schlafstellen.  
Gute Getränke und prompte Bedienung.  
**Fritz Lübben, Grobbäcker-Verkehr, Hamburg, Peterstr. 60.**

**Café Wittelsbach.**  
München. Herzog Wilh. Straße. München.  
Jeden Sonntag, Mittwoch und Freitag:  
**Hauptammelpunkt der Bäcker Münchens.**

**„Zum letzten Heller.“**  
Restaurant Heinrich Voigt.  
Bischofstraße 90 **Leipzig-Blagwitz,** Bischofstraße 90  
Empfehle meine freundlichen **Localitäten.**  
Gute Küche und ff. Biere. Die „Deutsche Bäcker-Ztg.“ liegt aus.

**Böhme & Kirst**  
Leipzig-Reudnitz, Wurzenenerstraße 9.  
(Haltestelle beider Straßenbahnen.)  
Erstes fachmännisches Backofen-Baugeschäft,  
sowie Armaturen- und Utensilien-Fabrik.  
Preisverzeichnis und Kostenaufschläge gratis und franko.  
Auf allen bestellten Ausstellungen die höchsten Preise.  
Druck von Fr. Meyer, Hamburg-Silbed, Conventstr. 5.